



Politik der nationalen Einheit, des Friedens und der Gleichberechtigung oder für die Politik der Spaltung Deutschlands, des Krieges und der kolonialen Versklavung. Diese Entscheidung heißt aber zugleich Entscheidung für die Friedenspolitik und deutschlandfreundliche Politik der Sowjetunion oder für die Kriegspolitik und deutschlandfeindliche Politik des amerikanischen Imperialismus, für oder gegen das Potsdamer Abkommen, das die Siegermächte als Grundlage für die demokratische und friedliche Zukunft Deutschlands beschlossen haben.

Diese Linie der Sowjetunion in der Deutschlandfrage wurde von Stalin in diesem Potsdamer Abkommen des Jahres 1945 durchgesetzt gegen die offenen Absichten der Zerstörung Deutschlands durch die Westmächte. Deutschland wurde die wirtschaftliche und politische Einheit, die demokratische Entwicklung, ein Friedensvertrag und die Gleichberechtigung mit den übrigen Nationen garantiert. Der Marshallplan dagegen, das Ruhr- und Besatzungsstatut und der Atlantikpakt, also das Programm, das die Westmächte nach dem Bruch des Potsdamer Abkommens entwickelt haben, bedeutet Zerreißen, Entrechtung, Ausbeutung Deutschlands und den Versuch, die Deutschen als Kanonenfutter für einen neuen Krieg zu benutzen. Kann es da einen Zweifel geben, wo ein freiheits- und friedliebender Deutscher stehen muß!

Eine zweite Frage, die im Brennpunkt der Diskussion steht, ist die der neuen Grenze im Osten. Das Potsdamer Abkommen hat durch die Festsetzung der Oder-Neiße-Linie und die Aussiedlung aller Deutschen aus den abgetrennten Gebieten klare geschichtliche Tatsachen geschaffen. Wer gegenüber der Tatsache, daß die Oder-Neiße-Grenze die Friedensgrenze ist, schwankt, der steht mit einem Fuß bereits im Lager der Aggressoren, die die Oder-Neiße-Grenze lediglich als einen Vorwand für die Entfesselung eines neuen Weltkrieges im Interesse ihrer Welleroberungspläne benutzen.

Die Aufklärung über das Potsdamer Abkommen, d. h. praktisch die Verständlichmachung der Politik der Sowjetunion im Gegensatz zur Politik der amerikanisch-englischen Imperialisten, ist Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung des nationalen Befreiungskampfes. Die Resolution zur Nationalen Front, die letzte Note der Sowjetunion an die Regierungen der Westmächte zur Deutschlandfrage, die

Rede Wilhelm Piecks, die Regierungserklärung Otto Grotewohls und die Rede Friedrich Eberts dazu in der Volkskammer enthalten eine so reiche Argumentation zu diesen Problemen, daß es nicht schwer fallen kann, einen denkenden Menschen von der Richtigkeit unserer Politik der Nationalen Front zu überzeugen.

Wir sagten eingangs, daß sich durch die beginnende Verwirklichung der Nationalen Front bei der Bildung der Regierung viele Zweifelsfragen geklärt haben. Wir wollen einige weitere solcher Fragen hier nur andeuten, die in der Resolution ihre Beantwortung gefunden haben.

Es gab bei Genossen kleinmütige Auffassungen, daß die Entwicklung der Politik der Nationalen Front nicht zu einer entscheidenden Wendung, nicht zu einer großen Volksbewegung führen werde. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aber ist eines der ersten Ergebnisse dieser Politik, und die gewaltigen Demonstrationen in Berlin und in allen Städten und Orten der Ostzone waren der schlagende Beweis für die Kraft der nationalen Idee.

Es wurden fatalistische Stimmungen zum Ausdruck gebracht, als gäbe es keine überlegene Kraft gegen die Machenschaften der imperialistischen Kriegshetzer im Westen Deutschlands. Die Millionen der für den Frieden aufmarschierenden Menschen und die Kampfbereitschaft, mit der in diesen Tagen unsere ganze Jugend und in disziplinierten Reihen unsere Volkspolizei demonstrierte, waren der Beweis, welche Macht heute bereits im Volke zusammengeballt ist.

Auch in der Frage der Wiederherstellung der Selbstbestimmung des deutschen Volkes in seinen eigenen Angelegenheiten erhoben sich skeptische Stimmen. Die Übergabe der vollen Verwaltung durch die Sowjetunion in die Hände der Deutschen Demokratischen Regierung, die Schaffung des Außenministeriums, die Anwesenheit der Vertreter der Sowjetunion wie aller Länder Ost- und

*Bild oben links: Die Belegschaften sowjetischer und deutscher Fabriken tauschten am Weltfriedensrag Grußtelegramme aus, in denen sie sich die gegenseitige Versicherung gaben, für den Frieden weiterzukämpfen. — Bild rechts: Am Weltfriedenstag trafen sich an der deutsch-polnischen Grenze polnische und deutsche Werktätige zu gemeinsamen Friedenskundgebungen. Unser Bild zeigt den Vorbeimarsch polnischer Aktivisten an der Tribüne auf dem Marktplatz in Frankfurt/Oder.* (Aufn. Fiebig;

